

Die Mieten sind das größte Problem

Wie das Wohnraumsicherungsgesetz Berlin helfen soll

Wer in Berlin eine Wohnung sucht oder Angst hat, seine Wohnung nicht mehr bezahlen zu können, weiß: Der Wohnungsmarkt ist aus dem Gleichgewicht geraten. Mieten steigen, Umwandlungen im Eigentum nehmen zu, und langjährige Mieterinnen und Mieter fühlen sich nicht sicher. Hier setzt das neue Wohnraumsicherungsgesetz an.

Die Idee dahinter ist einfach: Wohnraum soll in erster Linie zum Wohnen da sein – nicht als Spekulationsobjekt. Das Gesetz bündelt Instrumente, die bisher nebeneinander standen, und stärkt die Möglichkeiten des Landes und der Bezirke, einzugreifen. Konkret geht es um 3 Dinge:

1. Mehr Schutz vor Zweckentfremdung: Wohnungen sollen nicht dauerhaft leer stehen oder als Ferienwohnungen genutzt werden. Neu ist vor allem, dass Regeln vereinheitlicht und klarer gefasst werden. Genehmigungen für Ferienwohnungen werden strenger geprüft, Verstöße können schneller geahndet werden. Gleichzeitig wird es einfacher, leerstehenden Wohnraum wieder dem Markt zuzuführen – etwa durch verbindlichere Vorgaben und kürzere Fristen.

2. Stärkere Eingriffsmöglichkeiten bei problematischen Eigentumsstrukturen: Wenn Wohnraum systematisch vernachlässigt oder bewusst dem Markt entzogen wird, können die Behörden künftig schneller eingreifen. Es gibt verbindliche Instandsetzungsaufgaben, klarere Fristen und – wenn nötig – auch die Möglichkeit, Treuhänder einzusetzen, die die Verwaltung übernehmen. Ziel ist, dass Woh-

nungen nicht verfallen oder bewusst unbewohnbar gehalten werden, um Mieterinnen und Mieter zu verdrängen.

3. Mehr Transparenz und bessere Durchsetzung: Mit besseren Auskunftsrechten gegenüber Eigentümern, digitalen Verfahren und klareren Zuständigkeiten werden die Bezirke gestärkt. Daten sollen besser gebündelt werden, damit schneller sichtbar wird, wo Wohnungen leer stehen oder zweckentfremdet werden. Das erleichtert Kontrollen und sorgt dafür, dass Verstöße konsequenter verfolgt werden können.

Auch bei uns im Bezirk sehen wir, dass der Wohnungsmarkt nicht richtig funktioniert: Familien finden keine größere Wohnung, Ältere keine kleinere, und junge Leute bekommen erst gar keine Wohnung. Gleichzeitig stehen Wohnungen leer oder werden zweckentfremdet.

Das Wohnraumsicherungsgesetz ist einer von vielen Schritten. Wir brauchen weiterhin Neubau, vor allem im bezahlbaren Segment, der dafür sorgt, dass das Angebot wächst und so der Druck auf den Mietenmarkt sinken kann. Ebenso braucht es eine klare Kante gegen Wuchermieten. Hierzu hat die SPD Berlin das Vergesellschaftungsrahmengesetz auf den Weg gebracht, welches von der CDU-SPD-Koalition beschlossen wurde. Dabei steht nicht die Enteignung im Mittelpunkt, sondern vielmehr die Definition von guten und fairen Mieten. Und nicht zuletzt braucht es starke kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen.

Die Bauarbeiten haben begonnen

Am Bahnhof Schöneweide entstehen 1.100 Fahrradabstellplätze

Während die Sanierung des historischen Bahnhofsgebäudes sich um zwei Jahre verzögert, geht es am anderen Ende des Bahnhofsvorplatzes voran.

800 neue, sichere Fahrradabstellplätze entstehen in nachhaltiger Holzbauweise auf dem Bahnhofsvorplatz am Bahnhof Schöneweide. Nachdem Ende 2025 der Wildwuchs beseitigt wurde, geht es nun los mit den Bauarbeiten. Bis Anfang 2027 sollen die Arbeiten dauern.

Weitere 300 Abstellplätze entstehen am Ecksteinweg auf der Johannisthaler Bahnhofseite.

Die insgesamt 1100 Abstellplätze mögen sehr viel klingen. Aber einerseits waren die alten Abstellplätze oft auch überfüllt und andererseits wird auch für die Zukunft gebaut. Die Fahrgastzahlen an dem größten Nahverkehrsknotenpunkt im Südosten werden in den nächsten Jahrzehnten noch deutlich zunehmen.

Führung durch das Abgeordnetenhaus

Melden Sie sich an für Pizza und Politik am 26. Mai 2026, 18 Uhr

Besuchen Sie mich im Berliner Landesparlament, dem Abgeordnetenhaus. Im Rahmen einer persönlichen Führung erläutere ich Ihnen die Abläufe, die Regularien des Parlamentes, meine Tätigkeit in den Ausschüssen und meine Möglichkeiten, mich um Ihre Anliegen zu kümmern. Während des Rundgangs be-

kommen Sie zudem Einblicke in die Geschichte des Hauses. Im Anschluss können Sie mich bei Pizza alles fragen, was Ihnen auf dem Herzen liegt.

Die Anzahl der Plätze ist begrenzt.

Melden Sie sich per E-Mail oder Telefon an. Ich freue mich auf Ihren Besuch!

So können Sie mich erreichen

Kiezbüro "Nebenan"

Springbornstraße 36a, 12487 Berlin
E-Mail: nebenan@lars-duesterhoeft.de
Telefon: 030 / 63 22 27 185

Öffnungszeiten

Montag	10-18 Uhr
Dienstag	10-15 Uhr
Mittwoch	10-15 Uhr
Donnerstag	10-15 Uhr
Freitag	n.V.

Oder direkt unter:

0179 / 39 34 615
auch per WhatsApp,
Signal oder Messenger

Kiezbüro "AnsprechBar"

Siemensstraße 15, 12439 Berlin
Telefon: 030 / 40 74 22 73
Mittwoch: 10-15 Uhr
Abgeordnetenhaus Berlin
Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin
Telefon: 030 / 23 25 22 90



Lars Düsterhöft
Ansprechbar
Neues aus Kiez und Parlament

Dies ist eine persönliche Information Ihres Abgeordneten über seine Arbeit im Parlament und im Wahlkreis – keine Werbung im Sinne von § 7 UWG

Ausgabe April / Mai 2026

Produziert mit Co2-Ausgleich

Die größte Angst im Alter: Einsamkeit

Ein neues Gesetz wird Maßstäbe für ganz Deutschland setzen

„Wissen Sie, ich hätte einfach gern jemanden, mit dem ich mich einmal in der Woche unterhalten könnte.“

Seit vielen Jahren bin ich Vorsitzender des Fördervereins des Kiezklub KEZ in Oberschöneweide. Eine Einrichtung des Bezirks Treptow-Köpenick, um Einsamkeit zu bekämpfen, das Miteinander im Kiez zu fördern und die Menschen bei ihren Nöten zu beraten. Insgesamt 11 Kiezklubs betreibt unser Bezirk und ist damit seit Jahrzehnten ein nur selten nachgeahmtes Vorbild für ganz Berlin. In den letzten Jahren habe ich mich deshalb auf allen Ebenen gemeinsam mit meiner Spandauer Kollegin Sebahat Atli dafür eingesetzt, dass diese Kiezklubs gesetzlich festgeschrieben und in ganz Berlin eingerichtet werden. Mit Erfolg!

Noch vor den Wahlen im September 2026 wird das Abgeordnetenhaus das Altenhilfestrukturengesetz verabschieden und so einmalige Maßstäbe setzen. Erste Mittel in Höhe von 1,7 Millionen Euro sind im Haushalt festgeschrieben und werden dafür sorgen, dass das Gesetz ab 2027 mit Leben erfüllt werden kann.

Im Kern geht es um die Bekämpfung bzw. Verhinderung von Einsamkeit. So wird im Gesetz verankert, dass ein Plan erarbeitet werden muss, welcher festlegt, in welchen Kiezen Einrichtungen für Seniorinnen und Senioren eingerichtet werden müssen. Zugleich werden die Bezirke beauftragt, diesen Plan umzusetzen. Ziel ist, dass es Schritt für Schritt mehr kiezbezogene Treffpunkte gibt, die Einsamkeit und Isolation beenden bzw. frühzeitig entgegenwirken sollen.

Einsamkeit macht nicht nur psychisch krank. Auch physische Erkrankungen sind allzu oft die Folge. Das Gesetz verfolgt daher auch das Ziel, die Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich zu verhindern und so einen Verbleib in den eigenen vier Wänden und im gewohnten Kiez zu ermöglichen. Das entspricht dem Wunsch der Menschen und hilft bei der Versorgung der Pflegebedürftigen, deren Versorgung aufgrund des demografischen Wandel und des gleichzeitigen Fachkräftemangels in der Pflege eine große Herausforderung bleibt.

Ihr Lars Düsterhöft

25.000 fehlende Ausbildungsplätze

Wie eine Umlage für mehr Ausbildungsplätze sorgen soll



Die Koalition aus CDU und SPD im Land Berlin hat eine Ausbildungsplatzumlage beschlossen. Dieser Entscheidung ging ein jahrzehntelanger Kampf für mehr Ausbildungsplätze voraus.

Die Lage ist seit vielen Jahren prekär. In Berlin fehlen, gemessen am Bundesdurchschnitt, über 25.000 Ausbildungsplätze. Jedes Jahr. Jugendlichen wird so der Start erschwert. Die Koalition hat es sich mit der Umlage nicht einfach gemacht. In den letzten Jahren wurde mit einem Ausbildungsbündnis der Versuch unternommen, 2.000 zusätzliche Ausbildungsverträge zu erreichen. Leider vergeblich. Wie zuvor im Koalitionsvertrag vereinbart, wird aufgrund des anhaltenden Missstandes nun die Ausbildungsplatzumlage durch die CDU und die SPD eingeführt.

Die Ausbildungsplatzumlage sorgt für mehr Gerechtigkeit. Betriebe zahlen in einen gemeinsamen Fonds ein: Diejeni-

gen, die ausbilden, werden unterstützt, wer nicht ausbildet, beteiligt sich am Fonds. Das ist fair. Denn Ausbildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Wenn wir wollen, dass junge Menschen ihren Weg gehen, wenn wir Fachkräfte wollen, müssen wir Ausbildung sichern.

Besonders kleine Unternehmen mit weniger als 10 Mitarbeitenden profitieren. Sie müssen gar nicht einzahlen, können aber für zusätzliche Ausbildungsplätze die Förderung erhalten. Die Kosten für die Umlage übernimmt der Steuerzahler. Jeder eingenommene Cent wird in die Wirtschaft zurückgegeben.

Besonders die Industrie- und Handelskammer Berlin kritisiert die Umlage scharf. Aber es geht nicht nur um Geld und Zahlen, sondern um Lebenswege. Um Jugendliche, die keinen Anschluss finden, die Bewerbungen schreiben und nur Absagen bekommen. Deshalb habe auch ich diesem Gesetz zugestimmt.

Arena mit vielen Chancen und Fragen

ALBA möchte bis zu 20.000 Menschen nach Adlershof holen

ALBA Berlin plant in Adlershof ein ehrgeiziges Projekt: Auf der derzeit brachliegenden Fläche zwischen Wagner-Régeny-Allee, Igo-Etrich-Straße und Groß-Berliner-Damm soll eine neue Veranstaltungsarena für bis zu 20.000 Menschen entstehen – begleitet von einem modernen Sport- und Bildungscampus.

Die Pläne von ALBA Berlin gehen weit über den Profisport hinaus. Seit Jahren steht der Verein für eine enge Verbindung von Sport, Bildung und sozialem Engagement. Mit Initiativen wie „ALBA macht Schule“ oder der Förderung des Mädchen- und Frauensports ist ALBA längst fester Bestandteil vieler Schulen und Kitas der Stadt. Diese Arbeit soll im neuen Campus fortgesetzt und ausgebaut werden. Neben einer Kita mit rund 80 bis 100 Plätzen ist auch eine Oberschule mit sportlichem Schwerpunkt vorgesehen.

Eine Arena dieser Größe bringt neue Impulse für Gastronomie, Freizeit und lokale Wirtschaft. Der Stadtteil, bislang vor allem als Wissenschafts- und Arbeitsstandort bekannt, könnte sich damit stärker zu einem Ort des städtischen Lebens und der Begegnung entwickeln.

Gleichzeitig ist klar: Ein Vorhaben in dieser Dimension wirft viele Fragen auf. Zentral sind dabei die Verkehrsanbindung und der Lärmschutz. ALBA rechnet mit bis zu 200 Veranstaltungen pro Jahr – etwa 100 tagsüber und 100 in den

Abendstunden. Neben 50 Basketballspielen sind rund 50 Konzerte geplant. Hinzu kommt der Betrieb des Campus an 365 Tagen im Jahr. Wenn regelmäßig Tausende Besucherinnen und Besucher anreisen, darf dies die Nachbarschaft jedoch nicht überlasten. Die Großveranstaltungen sollen überwiegend abends und an Wochenenden stattfinden, sodass der Berufsverkehr kaum zusätzlich betroffen wäre. Dennoch muss genau geprüft werden, ob die bestehende Infrastruktur dafür geeignet ist. Wichtig wird auch, wie die Besucherströme gelenkt werden – damit sie nicht durch das Wohngebiet führen. Das wäre der beste Lärmschutz.

Ein besonderes Thema ist der Autoverkehr: Für zehntausende Gäste braucht es ausreichende Parkmöglichkeiten, die in eigenen Parkhäusern rund um die Arena entstehen müssen. Nur so lässt sich verhindern, dass die umliegenden Straßen und Wohnquartiere durch wildes Parken überlastet werden.

All diese Fragen habe ich bereits im Sportausschuss des Abgeordnetenhauses als Themen gesetzt. Mein Ziel ist, dass am Ende nicht nur eine beeindruckende Arena entsteht, sondern ein Ort, der für die Menschen in Adlershof funktioniert – ein Ort, der Sport, Bildung und Gemeinschaft in Einklang bringt.

Wie ist Ihre Meinung? Was sind Ihre Fragen? Schreiben Sie mir oder rufen Sie mich an!

Initiative belebt den Marktplatz neu

Wie die engagierte Bürgerschaft ein altes Problem anpackt

Lange war der Marktplatz am Rathaus Johannisthal ungenutzt. Diesen Zustand will eine Bürgerinitiative nicht weiter hinnehmen und organisiert den Markt einfach selbst! Im Mai ist der erste Markttag.

Seit vielen Jahren fristet der als Marktplatz angedachte Platz rund um das Rathaus Johannisthal ein klägliches Dasein. Der letzte Händler hat vor einiger Zeit die Segel gestrichen. Auch eine Neuausschreibung des Wochenmarktes durch das Bezirksamt Treptow-Köpenick blieb ohne Erfolg. Zu gering war die Rückmeldung interessierter Händlerinnen und Händler. Das Problem ist aus Sicht des Marktbetreibers die schlechte Lage. Zu wenige Menschen kommen am Platz vorbei, da es an weiteren Anreizen wie z.B. einem Supermarkt mangelt.

Uwe Sommer ist für viele Nachbarinnen und Nachbarn aus Johannisthal kein Unbekannter. Mit seiner Schul-Imkerei sorgt er seit vielen Jahren dafür, dass auf

Berliner Schuldächern Bienenvölker angesiedelt werden und die Schulen den gewonnen Honig verkaufen können. Uwe Sommer ist ein Macher, der sich nun das nächste Projekt vorgenommen hat. Gemeinsam mit einigen Mitstreiterinnen und Mitstreitern organisiert er den Markt der Begegnungen am Rathaus Johannisthal. Mit dabei sind u.a. die Freiwilligenagentur "Sternenfischer", das IBZ (Königsheider Eichhörnchen), NABU Treptow-Köpenick, die Polizei, die Töpferin Frau Günther, der Igelverein Wildau e.V. sowie ein Kunstschmied. Diese Stände sorgen dafür, dass der Platz auch für Händler wieder interessant wird. Erste Händler haben sich schon für den Markt der Begegnungen angemeldet.

Der erste Markttag findest statt am Samstag, den 9. Mai, 10 bis 15 Uhr.

Die weiteren bisher fest geplanten Markttag sind der 6. Juni und der 4. Juli. Bei Erfolg soll der Markt der Begegnungen in die Verlängerung gehen.

Sprechstunde von Rechtsanwalt Voigt

Jetzt anmelden für die Rechtsberatung am 13. Mai 2026

Alle zwei Monate berät Sie bei Bedarf Rechtsanwalt Stefan Voigt im Rahmen einer kostenlosen Erstberatung. Er ist auf Sozialrecht spezialisiert, hilft aber auch bei allen anderen Rechtsfragen gern weiter. **Melden Sie sich jetzt an für die Rechtsberatung am 13. Mai 2026, von 17-18:30 Uhr, in der „AnsprechBar“.**

Sollte es zu einer weiterführenden Beratung oder zur Beauftragung des Rechtsanwalts kommen, geschieht dies außerhalb der kostenfreien Rechtsberatung. Die Anmeldung kann per E-Mail oder Telefon erfolgen. Die übernächste Rechtsberatung findet statt am Mittwoch, den 8. Juli 2026.